

Wachstum braucht soziale Gerechtigkeit

Jan Almstedt - 24. Januar 2012 – Quelle: www.spd.de

Die Einkommensunterschiede in den meisten Industrie- und Schwellenländern zwischen Geringverdienern und Beschäftigten mit mittleren Einkommen wachsen, besonders in Deutschland. Das bremst auch das Wachstum, warnt die OECD – und empfiehlt den Kampf gegen soziale Ungleichheit.

Im März will die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Studie „Going for Growth“ vorlegen. Zwei Kapitel hat sie jetzt schon vorgelegt und dabei vor allem Aspekte von Verteilungsgerechtigkeit beleuchtet.

Die zunehmende Einkommensschere zwischen Gering- und Besserverdienern ist der OECD zufolge nicht nur ein Problem sozialer Gerechtigkeit, sondern es bremst auch das Wachstum. Besonders in Deutschland ist demnach die Ungleichheit seit Mitte der 80er Jahre stark gestiegen. Größere Unterschiede haben die Experten lediglich in den USA und in Südkorea feststellen können.

Unter anderem schlechte Bildung erhöht soziale Ungleichheit und dämpft das Wachstum. Für Deutschland kritisieren die Forscher vor allem schlechte Integration und entsprechend geringe Berufschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Investitionen in Bildung, so die Botschaft, rechnen sich für die ganze Gesellschaft.

Grundsätzlich lasse sich soziale Ungleichheit durch gezielte Schritte zur Gleichbehandlung eindämmen. Dies betreffe sowohl Zugewanderte und Einheimische als auch Männer und Frauen. Darum empfehlen die Forscher auch eine höhere Arbeitsmarkteteiligung von Frauen. Dies sei sowohl gut für die Wachstumsperspektiven als auch zum Abbau des Einkommensgefälles.

Hilfreich könne auch ein Mindestlohn sei. Dieser dürfe, schränkt die aber OECD ein, nicht zu hoch sein, weil sonst ein Anstieg der Arbeitslosigkeit drohe.

Um den Arbeitsmarkt dauerhaft anzukurbeln, schlagen die Forscher außerdem Entlastungen bei den Steuern auf Arbeit vor. Finanzieren ließe sich dies durch weniger Abschreibungsmöglichkeiten für Besserverdienende und eine höhere Besteuerung von Kapitalgewinnen aus dem Aktienhandel sowie auf Immobilienverkäufe.

Soziale Gerechtigkeit, so die Botschaft der OECD, kann eine wichtige Grundlage für Wirtschaftswachstum sein.